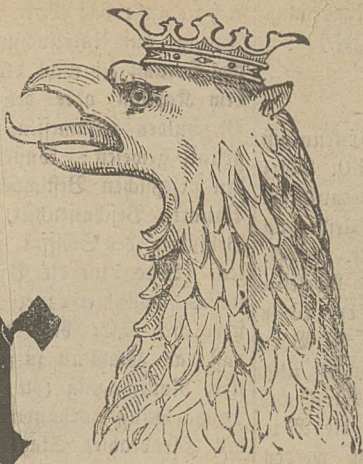


Stettiner Zeitung.



Morgen-Ausgabe.

Sonnabend, den 24 Juni 1882.

Nr. 289.

Deutschland.

Berlin, 23. Juni. Telegraphische Nachrichten aus London zufolge ist dem britischen Parla-
ment ein neues Blaubuch über die ägyptischen Angelegen-
heiten vorgelegt worden, welches den Zeitraum
vom 6. Februar d. J. bis zum 16. Mai d. J.
umfasst.

Unterm 11. Februar richtete Lord Granville
eine Depesche an die diplomatischen Vertreter Eng-
lands in Berlin, Wien, Rom und Petersburg,
worin er einen Meinungsaustausch der Mächte über
die ägyptische Frage empfahl.

Der englische Botschafter in Berlin, Lord
Amthill, antwortete unterm 15. Februar, Fürst
Bismarck sei der Ansicht, daß ein Ideen-
austausch der Aufrechterhaltung des Friedens dienlich sein
würde, und habe hinzugefügt, England und Frank-
reich hätten einen diplomatischen status quo in
Egypten erworben, der nicht bebelligt werden dürfe.
Fürst Bismarck begünstigte persönlich eine Interven-
tion des Sultans, würde aber einen andern von
den Mächten gemeinschaftlich sanktionierten Vorschlag
beanstanden.

Eine Depesche Lord Granville's an den Bot-
schafter Lord Lyons in Paris vom 24. April macht
Vorschlag, daß der Sultan einen türkischen Ge-
neral nach Egypten senden solle, um in Gemein-
schaft mit einem englischen und einem französischen
General die Disziplin in der ägyptischen Armee wie-
herzustellen. Ministerpräsident Freycinet bezeich-
nete Lord Lyons unterm 3. Mai, die französische
Regierung beanstandete Lord Granville's Vor-
schlag, weil die Porte, wenn der moralische Ein-
fluß der drei Generale die gewünschte Wirkung nicht
sollte, auf der Entsendung von türkischen
Truppen bestehen würde.

Der deutsche Botschafter, Graf Münster theilte
Granville am 3. Mai mit, Fürst Bismarck
stehe noch immer der Verwendung türkischer
Truppen und sei gegen eine englisch-französische
Intervention, weil er glaube, daß eine solche zu
erwünschten Resultaten zwischen den Westmächten führen

Die französische Botschafter Tissot wiederholte
seine Einwände Freycinet's gegen
die Intervention der Türkei und fügte hinzu, falls
die englische Regierung nicht unverzüglich ent-
gegen dieselbe erkläre, würde sie eine solche
Intervention ablehnen. Granville erwiderte, die tür-
kische Intervention erscheine der englischen Regierung,
wenn dieselbe viele Unbequemlichkeiten involviere,
als dasjenige Auskunftsmitel, gegen welches sich
die wenigsten Einwände erheben ließen.

Lord Lyons meldete Granville am 12. Mai,
Freycinet habe die Entsendung englischer und fran-
zösischer Kriegsschiffe nach Alexandrien vorgeschlagen
und habe ferner den Vorschlag gemacht, England
und Frankreich sollten durch ihre Vertreter in Kon-
stantinopel die Porte ersuchen, vorläufig sich jeder
Einmischung in Egypten zu enthalten; gleichzeitig
sollten die übrigen Großmächte von der Entsendung
des Geschwaders in Kenntniß gesetzt werden mit
dem Ersuchen, ähnliche Beschlüsse nach Konstanti-
nopol zu senden. Die französische Regierung fahre
fort, die Intervention der Türkei zu bekämpfen. Sie
würde es aber nicht als eine Intervention ansehen,
wenn die nach Egypten berufenen türkischen Trup-
pen unter der Kontrolle der Westmächte operieren
würden. Sollte die französische Regierung es nach
Ankunft der Geschwader für rathsam erachten,
Truppen zu landen, so würden sie hierzu die tür-
kischen Truppen unter der erwähnten Bedingung
requiriren.

Granville antwortete am 13. Mai auf die
Vorschläge Freycinet's zustimmend, indem er zugleich
den Einwendungen der französischen Regierung ge-
gen den Vorschlag auf Entsendung von Generalen
nach Egypten nachgab. In einer Depesche Gran-
ville's an den Botschafter in Paris, Lord Lyons,
vom 15. Mai heißt es, Granville und Gladstone
bedauerten, d. h. die übrigen Mächte nicht zur
Kooperation eingeladen worden seien, die englische
Regierung halte dies für einen Fehler, aber da die
Regierung sich dagegen ablehnend ver-
halten würde, so könne England dem eingeschlagenen Ver-
fahren nicht zustimmen.

Die offiziellen telegraphischen Auszüge aus
englischen Blaubüchern. Dieselben er-
wecken interessante Einblicke in die jüngste
Geschichte. Vor allen Dingen geht
hervor, daß Freycinet und Bismarck bei

allen sonstigen freundschaftlichen Beziehungen in
der ägyptischen Politik sich ebenso als Gegner ge-
genüberstanden, wie früher Gambetta und Bismarck.
Nur mit dem Unterschiede, daß für Gambetta die
ägyptische Frage bloß der Haken war, um daran
eine ganze Reihe anderer politischer Forderungen gegen
Deutschland anzuknüpfen, während Freycinet als
unglücklicher Erbe Gambetta's sich eben nur mit der
bereits verfahrenen ägyptischen Angelegenheit be-
schäftigte und aus Furcht vor den Gambettisten
nicht den Bismarck'schen Rathschlägen zu folgen
wagte.

Haben die neulichen Veröffentlichungen im Blau-
buch Gambetta als Lenker einer großen europäischen
Politik vom Sockel gestürzt, so sind die jetzigen Ent-
scheidungen des Blaubuchs dazu angehan, Herrn
Freycinet eine Stelle neben dem gefallenen Gam-
betta zu bereiten. Allerdings hat Freycinet auch
niemals die ehrgeizigen Eigenschaften wie sein Vor-
gänger hervorgekehrt. Um Uebigen kann man aus
dem ganzen Gang der bisherigen Entwicklung nur
den Eindruck gewinnen, daß Gambetta und Frey-
cinet als Dilettanten in die sogenannte „große Po-
litik“ hineinkamen und in erster Linie Opfer ihres
Dilettantismus wurden, weil auch das diplomatische
Handwerk gelernt sein will.

Zululand befindet sich wieder in einem
traurigen Zustande. Die dreizehn kleinen König-
reiche, in welche es im Jahre 1879 zerfallen wurde,
haben untereinander; ein Theil der damals einge-
schickten Könige strebt nach der Rückkehr Cetewayos,
des in der Hauptstadt gefangen gehaltenen Herrschers;
Andere wünschen nur die Ausmerzung mißliebiger
Häuptlinge, wie die Hlubi, eines geborenen Basuto,
und besonders die John Duns, eines Engländer's,
welcher zur Zeit der Busenfreund Cetewayos war,
ihn aber später hinterlistig verrieth und dafür zum
König eines Distrikts gemacht wurde. Die Zulus
hassen ihn, einmal als nationalisirten Ausländer
und dann als Verräther. Da sie zusammen von
der Regierung Gladstones keine bewaffnete Ein-
mischung befürchten, besetzen sie sich nach Herzenslust.
Gladstone würde wahrscheinlich auch in die Wieder-
einführung Cetewayos willigen, daher man diesem
anfangs die Reise nach England gestattete, trotzdem
man wußte, daß deren Zweck die Geltendmachung
seiner Herrscherrechte bei der Königin Viktoria sein
würde. Die wehmüthigen und gemüthvollen Briefe,
die er aus seinem Gefängniß an die Königin schrieb,
erwarben ihm eine gewisse Sympathie in England.
Die Reise wurde bekanntlich wieder verschoben, weil
Sir H. Bulwer sie als das Zeichen für neue Un-
ruhen in Zululand ansah. Das eben veröffentlichte
Blaubuch über südafrikanische Angelegenheiten bringt
in einem Briefe Cetewayos die Enttäuschung und
die Selbstmordgedanken, welche der Aufschub bei ihm
erzeugte. Der Stil ist rührend, doch wird unser
Mitleid etwas herabgestimmt, wenn wir erfahren,
daß die Briefe zum größten Theil aus der Feder
seines Dolmetschers stammen. Was dem Zululande
wirklich noth thut, ist die Herstellung einer Zentral-
gewalt, entweder durch Wiedereinführung Cetewayos
oder die Schaffung eines englischen Generalresiden-
ten. Ersteres würde in die sentimentale Politik
Gladstones hineinpassen, letzteres aber gewährleistet
einen längeren Bestand.

Ueber die Abwesenheit des Feldmarschalls
Moltke bei der Abstimmung über das Monopol —
der stenographische Bericht verzeichnet den Abgeord-
neten für Memel-Heydenreich als heurlaubt — be-
merkt ein hiesiger Korrespondent der „Bohemia“:

„Graf Moltke, der sonst bei seiner außerordent-
lichen Gewissenhaftigkeit in der Ausübung seiner
parlamentarischen Pflichten niemals fehlt, wenn es
sich um wichtige Abstimmungen handelt, hatte, nach
den Mittheilungen dieses Gewährmannes es vorge-
zogen, während der drei ersten Tage der Monopol-
debatte dem Reichstage fern zu bleiben, und ist erst
am Donnerstag, nachdem die entscheidende Abstim-
mung über den § 1 der Vorlage vorüber war,
wieder in das Haus eingetreten. Es geschah zum
zweiten Mal, daß dieser berühmte Mann sich einer
wichtigen Abstimmung entzog, da er nicht für die
Regierungsvorlage stimmen konnte und nicht dage-
gen stimmen wollte. Das erste Mal handelte es
sich um die Vorlage über die Einführung einer
Wehrsteuer.“

Dem „Schwäb. Merk.“ wird aus Berlin
berichtet, für den Fall, daß Staatssekretär Scholz
preussischer Finanzminister werden solle, sei Unter-

staatssekretär von Mayr in Straßburg ausersuchen,
an die Stelle des Erstgenannten zu treten. Die
„Köln. Ztg.“ bemerkt dazu, das Reichsfinanzamt
scheine diesem Berichterstatter offenbar nicht viel
schwerer zu leiten zu sein, als die Straßburger
Tabakmanufaktur. Ohne unsererseits die Meldung
von der Designation des Herrn von Mayr für
glaubhaft erklären zu wollen, möchten wir anneh-
men, daß unter den gegenwärtigen Verhältnissen,
bei entsprechendem Bezüge auf eine selbstständige
Meinung, das Reichsfinanzamt — sogar leichter zu
leiten ist, als die Straßburger Tabakmanufaktur.
Wenn übrigens heute in mehreren Blättern die
Ansicht aufleuchtet, es sei noch zweifelhaft, ob Herr
Bitter die nachgesuchte Entlassung werde ertheilt
werden, so halten wir das für völlig unde-
gründet.

Die „Germ.“, welche heute wieder auf
die Ungleichmäßigkeit in der Handhabung des Sper-
regesetzes zurückkommt, bemerkt darüber:

Zweifellos würde die Regierung an den staat-
lichen Akt, welcher die Bischöfe in ihr Amt wieder
einsetzt, dieselben Konsequenzen knüpfen, welche die
Wiederbesetzung des bischöflichen Stuhles in der
Form des § 4 des Sperrgesetzes, sowie die Beset-
zung des Freiburger Stuhles und des Gläzer
Großdekanats nach sich gezogen haben. Dann
würde also der eigenthümliche Fall ein, daß z. B.
für Münster, dessen Bischof von der Absetzung er-
teilt wurde, die Staatseinstellungen wieder ausgenom-
men würden, während in Hildesheim, dessen Bischof
nicht in diesen schärfsten Konflikt mit dem Staate
gerathen ist, die Staatseinstellungen gesperrt blieben.
Wir wissen freilich, daß alle Bischöfe ganz densel-
ben Standpunkt einnehmen; aber nach staatlichen
Anschauungen müßten doch die nicht abgesetzten
Bischöfe und ihre Diözesen eher vorgezogen, als
zurückgesetzt werden. Es träte also vom Stand-
punkte der Regierung aus eine vollständige Umkeh-
rung der Gerechtigkeitverhältnisse ein.

Dagegen wird sich in der That wenig ein-
wenden lassen. Sehr bezeichnend für die Stellung,
welche der Klerikalismus jetzt bei uns einzunehmen
glaubt, ist es aber, daß die „Germ.“ ihren Artikel
wie folgt schließt:

Daraus ergibt sich, daß spätestens bei der
Ausführung des Artikel 2 des neuen Gesetzes von
der Vollmacht der Aufhebung der Sperre ein um-
fassender Gebrauch gemacht werden muß. Wenn
dieser Zeitpunkt noch vor den Landtagswahlen ein-
tritt, so ist das keineswegs ein Nachtheil für die
Regierung.

Ausland.

Petersburg, 20. Juni. Die „Moskauer
Zeitung“ widmet in einer ihrer letzten Nummern
einen Leitartikel den gegenseitigen Beziehungen der
europäischen Mächte und ihrer eventuellen Rückwir-
kung auf Rußland. Der Artikel giebt unverhüllt
der in Rußland nimmer ruhenden Eifersucht gegen
die politische Machtstellung Deutschlands Ausdruck;
er ist um so bemerkenswerther, als er von dem ein-
flussreichsten Publizisten Rußlands herrührt, demsel-
ben, der bei dem neuen Minister des Innern ge-
radezu allmächtig ist. An den jüngsten Minister-
wechsel anknüpfend, schreibt das Organ des Ge-
heimraths Katkow:

„Der Wechsel in unserer höchsten Administra-
tion hat sich auf der Börse sofort fühlbar gemacht.
Die Fonds sind mit einem Schlage um 2 Prozent
gestiegen. Die Erhöhung wäre, wie kundige Leute
versichern, noch bedeutender gewesen, wenn in Europa
Alles gut stände. Wir müssen um so mehr darum
sorgen, unsere inneren Angelegenheiten auf solider
Grundlage zu ordnen und sie aus den unruhigen
Verhältnissen, in welchen sie sich gegenwärtig befin-
den, zu befreien, da die Geschichte, wie wir sehen,
nicht stehen bleibt, da in der politischen Welt sich
vielleicht Ereignisse vorbereiten und dann rasch zum
Ausbruch kommen können, zu welchen wir auch vor-
bereitet sein müssen. Die Beziehungen zwischen den
europäischen Großmächten sind äußerst unbestimmten
Charakters. Niemand könnte vorhersehen, wer des
Anderen Freund, wer des Anderen Feind sein wird,
wenn eine Katastrophe hereinbrechen sollte. Alle die
früheren Grundlagen, auf denen die Politik eines
jeden der Staaten des europäischen Systems beruht,
alle die früheren Traditionen haben ihre Kraft ein-
gebüßt. Ueberall sucht die Politik nach neuen Bah-
nen und tappt im Finstern umher, ohne zu wissen,
welche Richtung und welchen Charakter sie morgen

haben wird. Ueber die Situation in Europa herrscht
merklich die Politik des deutschen Reichskanzlers, der
während der letzten zwanzig Jahre die Ereignisse ge-
leitet. Wie lange ist denn her, daß es schien, daß
Deutschland im Orient gar keine Interessen besäße?
Jetzt herrscht dort dessen Politik. Die Angelegen-
heiten des türkischen Reiches gehen in Deutschlands
Hände über. Der weitere Verlauf der Ereignisse
wird zeigen, wie weit auch die ägyptischen Verwick-
lungen, durch welche die Interessen der beiden West-
mächte, Englands und Frankreichs, so gewaltig be-
troffen worden sind, auf die Beteiligte Bismarck-
scher Politik zurückzuführen sind. Frankreich, welches
den Versuch machte, seine isolirte Stellung abzu-
schütteln, gleicht einem Schiff ohne Kompaß und
hängt nicht weniger wie die Türkei von dem Ein-
fluß fremder Politik ab. Genau ebenso ist die Lage
Österreichs, das selbst nicht weiß, wohin es mit
verbundenen Augen lossteuert. England durchlebt
eine schwere Krise, von der Niemand sagen kann,
wie sie endigen wird. Mittlerweile aber zeigen die
letzten Erklärungen des Reichskanzlers im Reichstag,
daß für seine Politik der letzte Tag bis jetzt noch
nicht gekommen ist, daß er sein Lebenswerk noch für
unvollendet hält, daß er sich aber jetzt beehrt, die
Ausführung seiner Pläne endgiltig ins Werk zu
setzen; wie früher, stößt er auch jetzt auf innere
Hindernisse, wie früher, wird er auch jetzt nicht vor-
ihnen stehen bleiben. Aber werden auch diesmal
seine weittragenden geheimen Absichten so erfolgreich
wie immer zur Ausführung kommen und ist Alles
so genau auskalkulirt, daß schließlich wirklich das
vorausgesehene Resultat sich realisiert? Die mens-
liche Weisheit kann nie ihrer Voraussetzungen sicher
sein, und es kann plötzlich irgend etwas eintreten,
was außerhalb des sichtbaren Horizonts lag. Es
ist unmöglich zu verkennen, daß die Politik des deut-
schen Reichskanzlers in verhängnisvoller Weise mit
jedem neuen Schritt von den alten Traditionen
Preußens ablenkt und von jenen historischen Be-
ziehungen abweicht, unter welchen es so mächtig
geworden ist...“

Der tiefen Verstimmung der Slavophilen über
die Entfernung Ignatiens giebt Herr Alshofow jetzt
einen sehr markanten Ausdruck; der Gegensatz zwi-
schen Katkow und Alshofow kann sich nicht deutlicher
manifestiren. Nur in der Feindschaft gegen das
Ausland treffen beide noch zusammen. Das Blatt
Alshofows, die „Russ“, spricht in Ausdrücken der
wärmsten Anerkennung von der Person und Wir-
ksamkeit des zurückgetretenen Ministers:

„Die Nachricht vom Rücktritt des Grafen N.
B. Ignatiev aus Gesundheitsrücksichten hat uns
schwer getroffen... wir glauben — nicht uns
allein. Es giebt in Rußland Wenige, denen in so
hohem Maße ehrenvolle Anerkennung und allseitige
Sympathie, besonders von den ländlichen Schichten
der Bevölkerung entgegengetragen wird, wie Graf
Ignatiev, bei gleichzeitiger ebenso ehrender Feind-
seligkeit der um Rußlands Wohl besorgten Auslän-
der! Diesen guten Ruf hat er sich nicht nur durch
seine diplomatischen und administrativen Fähig-
keiten, nicht nur durch sein gegen Jedermann gleich
entgegenkommendes Benehmen und seinen Wider-
willen gegen allen Formalismus und die Routine
erworben, sondern auch durch eine noch schätzens-
werthere Eigenschaft, einer bei uns seltenen Eigen-
schaft: er galt und mit Recht für einen echten
Russen. Durch lebendige, furchtlose, unternehmende
Hingabe an die nationalen russischen Interessen ist
seine ganze staatsmännische Thätigkeit ausgezeichnet
— sowohl seine lange Thätigkeit als russischer Ge-
sandter in Konstantinopel als durch seine mehr als
kurze Ministerthätigkeit. In der gegenwärtigen
schweren Zeit ist der Posten eines Ministers des In-
nern ein durchaus politischer und obwohl Graf Ig-
natiev ihn nur ein Jahr lang inne hatte, wurde
sein Name doch schon trotz des kurzen Zeitraumes
zum Träger der nationalen Richtung in der inneren
Politik, jener Richtung, in welcher allein die ver-
lässliche Grundlage für die Kraft der Regierung
und die Bürgschaft für einen Erfolg im Kampf mit
dem „Aufruhr“, mit dem falschen Liberalismus, mit
den Intriguen der Polen, der Juden und aller un-
serer „ausländischen Wohlthäter“ zu finden ist...
Ohne Zweifel ist der Ursprung dieser Richtung ein
Ausfluß der allerböchsten Gewalt, doch auch die höch-
sten ausführenden Organe, ihre Lauterkeit und der
Grad ihrer persönlichen Uebereinstimmung mit den
Intentionen der höchsten Gewalt fallen nicht wenig
dabei ins Gewicht.“ (N.-Z.)

Neunter deutscher Gastwirthstag.

Chemnitz, 21. Juni. Der gegenwärtig hier tagende deutsche Gastwirthsverband hielt gestern eine Centralvorstandssitzung ab, welcher 56 Vorstandsmitglieder beiwohnten, und zwar waren nachstehende 29 Städte vertreten: Berlin, Aschersleben, Altona, Braunschweig, Breslau, Chemnitz, Köpenick, Dresden, Duisburg, Eilenburg, Essen, Görlitz, Gotha, Halberstadt, Halle a. S., Homburg, Bergen, Düren, Weiskirchen, Waltershausen, Hannover, Königsberg, Landsberg, Leipzig, Leisnig, Magdeburg, München, Naumburg, Potsdam, Stettin. Der Verband repräsentirt gegenwärtig 7000 Mitglieder. In der sehr ausgedehnten Centralvorstandssitzung, in welcher den Vorsitz Herr Theodor Müller aus Berlin führte, wurden von den auf der Tagesordnung stehenden Anträgen folgende angenommen: Da das Vereinsorgan „Das Gasthaus“ mit seinem jetzigen Inhalt den Ansprüchen des Verbandes genügt, so ist es, wenn man auch von Erwerbung des Blattes absehen muß, nothwendig, bei einem etwaigen Besitzwechsel das freundschaftliche Verhältniß zu demselben zu sichern. Durch Abmachungen mit den Besitzern des Blattes ist das Besondere für später auf jeden Fall gewahrt. Das Centralbureau soll ermächtigt werden, seine Intentionen durch eine größere politische Zeitung nach jeweiliger Auswahl zu verbreiten, aber nicht sich an ein politisches Blatt festbinden. Jedes Vereinsmitglied soll verpflichtet sein, das „Gasthaus“ zu halten. Ferner soll Treudienenden nach dreijähriger Dienstzeit ein Diplom, nach sechsjähriger eine silberne Medaille und nach zehnjähriger Dienstzeit ein Diplom nebst Anspruch auf Unterstützung bei eintretender Erwerbsunfähigkeit gewährt werden. Die Kosten trägt der Verband. Auf Antrag Müller-Berlin soll darum petitionirt werden, das Kriegsministerium möge veranlassen, daß die den Kantinen nahe Wohnenden keine Waaren aus denselben erhalten, die Vorstände der Kantinen hingegen angehalten werden, nach den bestehenden Vorschriften zu handeln. Die Kontrolle des Gastwirthsverbandes und die des Kellnerbundes sollen verschmolzen werden. Beide Anträge fanden Annahme mit der von Herrn Stoll-Berlin ausgehenden Fassung, daß der Verein Berliner Gastwirthsvereine sowohl, wie der Verein Berliner Weißbiervereine dem Antrag nur unter der Bedingung zustimmen, daß es sich darum handelt, dieselben unter einer Kontrolle weiter bestehen zu lassen. Eine Denkschrift über den Betrieb und Aufsicht von Branntwein im Kleinhandel soll ausgearbeitet werden. Abgelehnt wurden die Anträge: (Dresden) betreffend Abhaltung einer Centralvorstandssitzung sechs Monate nach dem Gastwirthstags, (Königsberg) betreffend Errichtung von Spar- und Darlehnskassen in den Vereinen, (Stettin) betreffend Einführung einheitlicher Polizeistunde und Ertheilung unbeschränkter Konzessionen (Bier und Wein), ferner betreffend Bestimmungen über das Halten weiblicher Bedienung, event. Abschaffung der letzteren und (ebenfalls von Stettin eingebracht) betreffend Bildung von Provinzialverbänden. Weiter wurde abgelehnt der Antrag, den Berliner Gastwirthsvereine die durch die Agitation gegen die Danapfreinigung gehaltenen Kosten aus der Verbandskasse zurückzuerstatten, und der Antrag, die Verbandsbeiträge herabzusetzen. Zurückgezogen wurde der Antrag auf Veranlassung einer Ausstellung gastwirthsgewerblicher Gegenstände bei Gelegenheit des Gastwirthstages in Berlin, deren Ueberfluß der Verbandskasse zuließe solle. Ins Centralbureau wurden gewählt die Herren Müller, Wiese, Baumbach, Meyer und Rudenberg (letzterer an Stelle Herrn Vogelpohl). Heute fand die erste Plenarsitzung des Gastwirthstags statt, bei deren Eröffnung derselbe von Herrn Vorbürgermeister André warm begrüßt wurde. Er sei überzeugt, daß der Gastwirthstags seine Interessen würdig vertreten und dabei auch die idealen Ziele nicht aus den Augen verlieren werde. Vor Eintritt in die Tagesordnung brachte der Vorsitzende ein kräftiges Hoch dem sächsischen Königsberg. Von den gefassten Beschlüssen sind folgende hervorzuheben: der Antrag auf Zulassung der Firma Siemens & Co. in Berlin zur Konkurrenz mit die von dem Gastwirthstags in Halle bewilligte Prämie von 500 Mark für einen Gasparapparat und trotz lebhafter Opposition angenommen. Bei dem Antrag auf Veranlassung einer Lotterie zur Bildung eines Prämienfonds (Referent: Rede-Berlin) sprachen sich alle Redner dafür aus, nur schon zu 1 Mark auszugeben seien. Man entschied sich für letzteres. Von dem Erlöse sollen 100,000 Mark für den Prämienfonds, 50,000 Mk. für den Ankauf der Gewinne und 50,000 Mk. für gemeinnützige Zwecke verwendet werden. Angenommen ward auch eine von Herrn Müller-Berlin vorgeschlagene Resolution, der Gastwirthstags betrachte es als eine Ehrepflicht der deutschen Gastwirthsvereine, zum Gelingen dieses edlen Werkes mit allen Kräften beizutragen. Auch dem Wunsch wurde Ausdruck gegeben, alle deutschen Gastwirthsfrauen möchten durch Geschenke das Werk fördern. Nach Erledigung dieses Punktes wurden die Verhandlungen auf Donnerstag vertagt. An Vergnügungen sind den Theilnehmern geboten Konzert, Festkommers, Ausfahrt nach dem Park von Lichtenwalde und eine Partie mit Baqn und theilweise Fußwanderung ins Erzgebirge bis Annaberg. Auf keinem der bisher abgehaltenen Gastwirthstags ist ein so starker Besuch zu verzeichnen gewesen wie diesmal. Daß selbst so ferne Städte wie Königsberg und Duisburg vertreten sind, wurde vom Präsidium rühmend hervorgehoben.

nächsten Tag übers Jahr hier abzuhalten. Mitbewerber waren Stettin, Görlitz und Magdeburg. (D. Tgl.)

Provinzielles.

Stettin, 24. Juni. Nach einem Erkenntniß des Reichsgerichts, I. Strafsenats, vom 30. März d. J., kann in dem Vorlesen einer ehrenrührige Behauptungen enthaltenden Schrift eine Beleidigung unter dem Gesichtspunkte des § 186 Str. G. B. gefunden werden, doch fällt nicht jedes Vorlesen unter dieses Strafgesetz. Erforderlich ist der Wille des Vorlesenden, jene Behauptung durch die Verlesung zur Kenntniß eines Dritten zu bringen und das Bewußtsein desselben, daß der Andere, auf den sich die Behauptung bezieht, durch die Mittheilung an den Dritten diesem verächtlich werden könne.

(Personal-Chronik.) Der bisherige Predigtamts-Kandidat und Rektor in Nassow, Synode Gollnow, Heinrich August Wilhelm Wächter, ist zum Pastor in Lubow, Synode Tempelburg, ernannt und in dieses Amt eingeführt worden. — In Moritzfelde, Synode Kolbzig, ist der Schullehrer Sattelmeyer fest angestellt. — In Böllitz, Synode Land Stettin, ist der Schullehrer Raschke, in Uckermünde, Synode Uckermünde, der Lehrer Sasse und in Gütlow, Synode Garz a. D., der zweite Lehrer Koppert provisorisch angestellt.

Wie bereits aus dem Programm für die hier stattfindende General-Versammlung des Verbandes deutscher Müller und Mühlener Interessenten bekannt, wird am Dienstag Nachmittag eine Festsahrt per Dampfer theils nach der Zementfabrik „Stern“, theils nach Elisenhöhe veranstaltet und werden am Abend die Theilnehmer sich in Frauendorf vereinigen, und von dort aus um etwa 9 1/2 Uhr im Korso nach Stettin zurückkehren und werden bei dieser Gelegenheit die Dampfer von den verschiedensten industriellen Etablissements aus in elektrischem Licht erglänzen. Um nun aber den Eindruck einer drahtigen Illumination in möglichst ausgebreiteter Weise zur Geltung zu bringen, ist es wünschenswert, daß auch die übrigen Besitzer und Bewohner der diesseits der Oder gelegenen Grundstücke sich daran beteiligen. Das erste der Festschiffe wird am vorderen Mast vier rothe Signallaternen führen und bis zur Abfahrt dicht am Landungsplatze in Frauendorf liegen.

Der königliche Staatsanwalt hier selbst klagt demjenigen eine Verletzung von 300 Mk. an, welcher Thatsachen zur Anzeige bringt, die zur Entdeckung des Mörders des in der Nacht vom 2. — 3. Mai d. J. zu Cobram geldedicten Kuchts Aug. Radloff führen.

Bei der jetzt eingetretenen günstigen Witterung und den damit verbundenen wärmeren Abenden ist ein Aufenthalt am Wasser bevorzugen überaus beliebt und sind Frauendorf und Goglow meist überfüllt. Naturfreunden, denen an einem weniger geschäftvollen Erholungsplatz gelegen ist, können wir das unweit Goglow gelegene Schützenhaus Glienken bestens empfehlen, zumal die Verbindung mit Stettin durch das Entgegenkommen des Herrn Bräunlich nun bequem geworden ist. Die Bräunlich'schen Dampfer fahren täglich 3 Mal — Vormittags 11 Uhr, Nachmittags 5 Uhr und Abends 8 Uhr — ab Stettin nach Glienken und wird für diese Tour nur der billige Fahrpreis von 15 Pfg. erhoben.

Ein zahlreiches Publikum füllte am Donnerstag Abend Succow's Garten, woselbst der Gesangverein der Stettiner Handwerker-Resourcée unter Leitung seines Dirigenten, des Herrn Lehrer Riedel, ein Konzert veranstaltet hatte. Der Verein legte mit diesem Konzert wiederum Ehre ein und bewies, daß ihm neben einem gut geschulten Chor auch tüchtige Solokräfte zur Verfügung stehen, denn das 15 Nummern umfassende Programm bot darunter 7 Solovorträge und 3 Männerchöre mit Soli. Die Chöre zeichneten sich durch Reinheit und gut schattierten Vortrag aus und ernteten reichen Beifall, der auch den Solopiecen in wohl verdienter Weise zu Theil wurde.

Der Springbrunnen auf dem Viktoriaplatz ist vollendet und hat gestern Abend bereits eine Probe mit demselben stattgefunden. Wenn derselbe sich auch nicht in so architektonischer Schönheit präsentiert, als es von vielen Seiten gewünscht war, so genügt er doch den Anforderungen vollständig. Bei der gestrigen Probe, bei welcher an dem Springbrunnen noch kein Mundstück angebracht war, erhob sich der Strahl bereits zu einer Höhe von ca. 40 Fuß.

Der Stettiner Lloyd-Dampfer „Käte“, Kapitän Weiß, hatte bekanntlich im November v. J. eine sehr stürmische Reise von Amerika nach hier, bei welcher das Backbord-Steuerreep brach, der Handsteuerapparat gesprengt wurde, die Segel theilweise rissen und die Schanzkleidung theilweise zertrümmert wurde. Die Untersuchung dieses Unfalls war ursprünglich vom hiesigen Seeamt abgelehnt worden, doch ist auf die Beschwerde des Reichskommissarius hin durch Verfügung vom 18. Februar d. J. die Untersuchung vom Reichsanzwileramt angeordnet, weil die schwere Gefahr, in der sich Passagiere und Mannschaft befunden haben, es im allgemeinen Interesse für geboten erachteten, festzustellen, ob Handlungen oder Untertassungen des Schiffers, der Steuerleute oder der Maschinenisten den Mangel in der Beschaffenheit, Ausrüstung u. des Schiffes den Unfall herbeigeführt haben. — Es stand deshalb am 19. d. M. vor dem hiesigen Seeamt Termin an. Nachdem sich die Offiziere und die Mannschaft über den Unfall eingehend auslassen, ergriß, wie die „Dtsch.-Ztg.“ berichtet, der

Reichskommissarius, Herr Kapitän z. S. a. D. Ahrndt das Wort. Dieser führte aus: „Sein Antrag auf Untersuchung dieses Seeunfalles durch das Seeamt sei nicht deshalb gestellt, weil er glaube, dem Kapitän oder den Offizieren wäre irgend ein Verschulden bezuzurechnen, darüber sei er schon auf geklärt gewesen; konstatirt aber müsse werden nach den gesetzlichen Bestimmungen, ob Mängel in der Bauart, Beschaffenheit, Ausrüstung, Bemannung, Beladung des Schiffes den Unfall herbeigeführt hätten. Was nun die Beschaffenheit des Schiffes betrafte, wolle er zuerst auf die Steuerrecheinrichtung übergehen. Er habe die Ueberzeugung gewonnen, daß das Drahttau zu steif war und da es auch über Rollen ging (die Leitrollen), die Gefahr der Beschädigung vorhanden war. Man habe jetzt statt des Eisendrahtes Stahldraht, es wäre besser gewesen, wenn man die neuesten Erfahrungen sich zu Nutzen gemacht hätte. Die Tauer daraus seien viel dünner, obwohl aus 170 Drähten bestehend und so dehnbar wie Hanftau. Er wolle aber der Rheiderei oder den Offizieren keinen Vorwurf hieraus machen, jedoch glaube er, daß wegen der mangelhaften Elastizität und der geringen Biegsamkeit das Steuerreep leichter reißen konnte. Dies Steuerreep ginge hoch über Deck weg (6 1/2' über dem Deck), über Rollen, die wieder durch Davits gehalten wurden) und müsse immer straff sein, es würde deshalb eine sehr große Haltbarkeit verlangt. Bei dem Rollen der See finde eine fortwährende Anspannung der Längsachse des Schiffes statt und werde dadurch das Tau auf das Höchste angespannt. Er wolle auch hieraus keinen Vorwurf machen, dies jedoch den Besitzern zur Erwägung geben. Die erste Ursache des Unfalls sei also das Reißen des Reeps gewesen. Ueber die Beschaffenheit des Ruderschafts habe er sich leider nicht genau informieren können, denn es sei gerade die Bruchstelle angestrichen, so daß nicht zu sehen war, ob das Material gut war. Er könne daher nur konstatiren, daß an der Bruchstelle 2/3 glatt geschliffen war, das andere war leider überstrichen. — Die Beladung des Schiffes sei nicht zu schwer gewesen, denn die Auswässerung habe, wie Kapitän Weiß erklärte, nur 5 1/2' betragen. — Bezüglich der Bemählungen der Schiffsoffiziere, das Schiff näher an den Wind zu bekommen, sei er zweifelhaft, ob es nicht vielleicht angezeigt war, man hätte sich an Bord, so lange das Material noch vorhanden, eine Art Schleppschirm gebildet, nicht um das Schiff zu steuern, sondern an den Wind zu legen. Es sei dies aber nur eine Ansicht zur Erwägung, ohne aus der Rheiderei einen Vorwurf zu machen. — Die Bauart des Schiffes sei ungenügend ausgeführt; das Material müsse gut gewesen sein, sonst hätte das Schiff den enormen Stürmen auf der Reise nicht standhalten können. Ein Fehler bei der Anlage der Mangel eines Harten-Deckels sei ebenfalls vorhanden gewesen, ein solches hätte bei Bemannung und den Passagieren wesentliche Erleichterung geschafft. Was die Anwendung der Steuerreep betrafte, so sei es gerechtfertigt, daß sowohl wegen Kraftersparung als auch wegen der Nähe des Kompasses größtentheils der Dampfsteuerapparat benutzt sei; es sei auch konstatirt, daß eine Wiederherstellung dieses Apparats nach dem Reißen des Steuerreeps unmöglich gewesen und müsse ja auch die Zuverlässigkeit des Handsteuerapparates ebenso groß sein wie die des andern. Daß auch dieses vernichtet wurde, war vis major. — Dem Kapitän und den Offizieren wolle er über ihr Verhalten seine Meinung vom fernmündigen Standpunkte nicht verhehlen. Es gebühre ihnen die größte Anerkennung für ihre Leistungen während der ganzen Reise; es sei nach seemannslichem Begriff alles gethan, um Schiff und Ladung zu retten. Das Hauptinteresse dieser Verhandlung war, zu konstatiren, daß nicht Mangel an der Einrichtung, Ausrüstung u. Schuld an dem Unfall war, und sei zu wünschen, daß aus den Ergebnissen ein Nutzen für die Rheiderei und das schiffsfahrt-treibende Publikum erwachse. Einen Antrag habe er nicht zu stellen.“

Nachdem darauf das Seeamt beschlossen habe, den Kapitän und die Offiziere nicht zu verurtheilen, trat es in eine längere Beratung und verkündigte dann der Vorsitzende den Spruch des Seeamtes dahin: „Der Unfall, welcher den Dampfer „Käte“ am 25. November v. J. und folgende Tage getroffen durch Bruch des Steuerreeps, des Handapparats u., sei verursacht durch schweres Wetter und den Druck der See auf das Ruder. Theilweise seien die Unfälle auch Folgen des Baues des Schiffes, wegen Mangels eines Hurricane-Decks. Das Behalten des Kapitans, der Offiziere und der Mannschaft sei musterhaft gewesen.“ In den Motiven führte der Vorsitzende u. A. aus: Das Steuerreep sei dadurch gebrochen, daß, wie das Ruder nach Steuerbord gelegt werden sollte, die See mit furchtbarer Behemung auf das Ruder einwirkte; daß auch der Handsteuerapparat brechen würde, war keineswegs zu erwarten; der Dampfsteuerapparat sei zwar bequemer, aber keineswegs zuverlässiger, ja bei schwerem Wetter sei der Handsteuerapparat vielleicht sicherer, da er nachgebe. Der Ansicht des Reichskommissarius von dem Durchbiegen des Schiffes könne sich das Seeamt nicht anschließen; wäre dies so bedeutend gewesen, um die Rette zu sprengen, so hätte das ganze Schiff auseinander gehen müssen. Daß das Schiff im Uebrigen (abgesehen von dem Tiefdeck) gut gebaut war, bewiesen die 5 schweren Wochen, welche es durchgemacht habe.

Elysium-Theater.

Des verehrten Gastes, Herrn Direktor Varenas Besichtigung dem Publikum noch einmal in Erinnerung zu bringen, wird das Repertoire

der Elysium-Bühne seit seinem Auftreten von Stücken verschiedenster Gattung beherrscht, in denen der Künstler ebenso divergirende Rollen zu spielen hat. Ein ausgelassenes Schwank werden wir über das Salon-Lustspiel zum Thränenbrühen erweichenden Schauspiel und erschütternden Trauerspiel geführt. „Uriel Acosta“ bevor. Es ist dies bekanntlich einer der bedeutendsten Kunstleistungen des beliebten Schauspielers. Doch noch sind wir nicht soweit, noch haben wir es mit dem harmlosen, belächelnden Lieutenant Viktor von Berndt zu thun. „Mose'ser „Beilchenfresser“ ist immer noch en vogue und jedenfalls mit größerer Berechtigung als manches andere Werk unserer modernsten Lustspiel-Literatur. Herr Varenas erweist für die Rolle des schneidigen und couragierten in miltren Salonlöwen mit echt aristokratischer Neigung und ebenso bestechender Liebeshüchlichkeit. S. Husaren-Lieutenant muß man gut sein und auch schon des äußeren Menschen wegen. B. ist wie in der Uniform geboren. Kavaller Gentleman vom Kopf bis zur Zeh, von Affekt keine Spur. Sehr gut wurde der Gast von übrigen Ensemble unterstützt. Fr. Frey in ihrer Fürsorglichkeit als Frau Tante des Lieutenants von bestechender Freundlichkeit. A. wenn auch nicht immer mit der nöthigen Gab Fr. Werner die Sophte von Wilde Angenehm fand sich Herr Brümmer mit Rolle als kurzschichtiger Referendar ab, ebenso digte Herr Gutheer als Anterosifler. H. v. B.

Kunst und Literatur.

Theater für heute Elysiumtheater „Der Beilchenfresser.“ Lustsp. 4 Akte. V. u. e.: „Die Augen der Liebe.“ Lustsp. 3

Telegraphische Depeschen.

Em, 23. Juni. Se. Majestät der Kaiser machte heute früh die gewohnte Dienstadt. Zum gestrigen Diner bei Sr. Majestät war Fürst von Sayn-Wittgenstein-Sayn, Prinz E. von Solms-Braunsfeld, der Oberpräsident von Nassau, Graf von Eulenburg, der Schloßmann Frhr. von Frey und der Oberste Huetter geladen. Abends wohnte der Kaiser der Theatervorstellung bei.

Marseille, 23. Juni. Die Häfen von Gherbourg haben Befehl erhalten, die Schiffe „Jeanne d'Arc“, „Dalmatien“, „Surovants“ und „Relig. Blancs“ festzuhalten. Aus verlässlichen Nachrichten haben wir, daß 1300 Soldaten nach Toulon gebracht und auf Umland beschickten Seeoffiziere sind zurückbehalten worden. Die Expedition liegt auf der Höhe von Toulon fortzuhalten. Im Arsenal stehen weitere Kanonenkreuzer disponibel.

Petersburg, 23. Juni. Das Journal „St. Petersburg“ bespricht das letzte Rundschreiben der Pforte. Abweichend von demselben hielt Land und Frankreich es nicht für erwiesen, Ruhe in Egypten wiederhergestellt sei. Die Sage, es sei die Mission Derwisch Pascha status quo wieder herzustellen. Sei dies der Fall, so sei es ein und dasselbe, welches die euro Rabinete verfolgen. Die Konferenz könne an Interesse der Türkei keinen Eintrag thun, n Bemählungen Derwisch Paschas paralysiren.

Reersburg, 23. Juni. Wie der „erfährt, hat das Ministerkomitee beschlossen Eisenbahnen Russlands alljährlich um 100 1100 Werst zu erweitern und zunächst f. rinka, Lugan, Milleowo, Tschot, Wiasm von einer Station der Moskow Wladikawlasbahn nach Nomerossk, ferner im östlichen Theil von der Station Swerest und Worone der Moskowbahn zur Wolga, sodann eine Bah Mindau nach Tulum, die letzte aber nur, zum Bau derselben Privatmittel ohne Hilfe Kronsgeldern beschafft werden, und Zuzufuhr nach Priefoy und den Elonsalzbergwerken u. Suede Pensa-Losowaja.

Petersburg, 23. Juni. Eine Zirkulierung des Ministers des Innern, Grafen S. an die Gouverneure giebt denselben kund, daß die Verantwortung für fernere antisemitische Demonstrationen auf die Gouverneure falle, und daß jede derartige Demonstration die sofortige Entlassung und gerichtliche Verfolgung derjenigen amtlichen Personen nach sich ziehen werde, deren erste Aufgabe die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung sei.

Der mobilisirte Zolltariff tritt am 1. Juli (a. St.) in Kraft unter Beibehaltung des Goldzolles und Wegfall des 10proz. Zuschlages; die bisherigen Zollsätze sind mit wenigen Ausnahmen erhöht und fast alle selbster freien Waaren mit Zöllen belegt worden.

Die Einführung der Friedensgerichte in den baltischen Provinzen ist bis Neujahr 1883 hinausgeschoben worden.

Belgrad, 22. Juni. Ein Erlass des Königs ermächtigt den Minister des Innern, der Stupschina einen Gesekentwurf wegen Einschränkung der Pressefreiheit vorzulegen.

London 22. Juni. Der Unterstaatssekretär im Departement der Kolonien, Ashley, erklärte im Unterhause, über thatsächliche Feindseligkeiten im Zululande sei der Regierung keine Nachricht zugegangen.

Alexandrien, 22. Juni. Hier sind Briefe des deutschen Reisenden Junker eingetroffen, datirt Corumboland, Dezember v. J. Der Rheiderei soll die Absicht, nach Kairo zu gehen, aufgegeben haben.